

INTERNATIONAL

6 AKTUELLES AUS PALÄSTINA

BRD

8 KEINE CHANCE AUF GUTE
BILDUNG FÜR UNSERE KLASSE

FRAUEN

10 ABTREIBUNGSRECHTE IN
DEN USA UND DER BRD

BERLIN

12 MANGEL AN MEDIZI-
NISCHEM FACHPERSONAL

HAMBURG

14 „SOZIALE DURCHMISCHUNG“
IM HAMBURGER OSTEN

BREMEN

16 DEMOKRATIE AM ENDE?

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 TÜRKEI-WAHL UND DIE HEUC-
HELEI DER BUNDESREGIERUNG

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 FREIBURGER KITAS
WERDEN TEURER

KULTUR

22 WIE MIT UNSEREN DATEN
GEDEALT WIRD

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

ANTI-REPRESSIONS-PROTESTE IN LEIPZIG

AKTUELLES AUS PALÄSTINA

**„BILDUNGSGERECHTIGKEIT“: KEINE
CHANCE AUF GUTE BILDUNG FÜR
UNSERE KLASSE**

**ABTREIBUNGSRECHTE: EIN UMKÄMPFTES
THEMA IN DEN USA UND DER BRD**

**MANGEL AN MEDIZINISCHEM
FACHPERSONAL / 10 WOCHEN IN DER
WOHNHAUSETAGE GEFANGEN – SO SIEHT
LANDESEIGENE VERMIETUNG AUS**

**SENAT STARTET NEUEN VORSTOSS ZUR
„SOZIALEN DURCHMISCHUNG“ DES
HAMBURGER OSTENS**

DEMOKRATIE AM ENDE?

**WAHLEN IN DER TÜRKEI UND DIE
HEUCHELEI DER BUNDESREGIERUNG**

FREIBURGER KITAS WERDEN TEURER

**PROFIT MIT UNSEREN INTERESSEN?
WIE MIT UNSEREN DATEN GEDEALT WIRD**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

wir beginnen die vorliegende Ausgabe mit einem Blick auf die Situation des Klassenkampfes in der BRD. Nach langem Zögern und viel Schönrederei haben die deutschen bürgerlichen Ökonomen nun zugegeben, dass sich die deutsche Wirtschaft in der Rezession – also wirtschaftlichen Abschwung – befindet. Seit 2018 ist damit die Wirtschaft des deutschen Imperialismus in eine schwere Krise eingetreten, und das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts hat sich seitdem nicht mehr erholt. So befindet sich die Wirtschaft des deutschen Imperialismus nun schon seit fünf Jahren in einer schweren Krise. Mit der Rezession ist jetzt deutlich geworden, dass es bis jetzt keine Anzeichen einer Erholung gibt. Dass die Bundesregierung sich unter diesen Umständen veranlasst sieht, Kürzungen in vielen Bereichen durchzuführen, ist nur ein weiteres Signal dafür, dass mit einer schnellen Erholung überhaupt nicht zu rechnen ist.

Gleichzeitig sind die Reallöhne stark gesunken, um etwa 2,3 Prozent. Diese Reallohnsenkung hat stattgefunden trotz vergleichbar hohen Abschlüssen der Tarifverträge durch die Gewerkschaften in den letzten Monaten, trotzdem haben diese eine Senkung auf der ganzen Linie herbeigeführt. Was den erneuten Betrug an den Arbeitern durch die Gewerkschaftsführungen nur noch einmal unterstreicht. Gleichzeitig werden durch die geplanten und schon umgesetzten Erhöhungen der „Sozialbeiträge“, vor allem im Gesundheitsbereich, noch mehr Krisenlasten auf unsere Schultern abgeladen.

In diesem Moment kommt dazu, dass die AfD in den Meinungsumfragen um die 18 Prozent bekommen hat (auch wenn es einige Anhaltspunkte gibt, dass hier vor allem Ältere befragt wurden, da ein großer Teil über Festnetztelefone befragt wurde). Der Erfolg der sogenannten „Bürger in Wut“ bei den Wahlen in Bremen bestätigt allerdings diese Tendenz sehr deutlich. Und das in einer linksliberalen Hochburg wie Bremen. Das heißt, diese Tendenz ist nicht nur ein Thema von Ostdeutschland, sondern genau so auch im Westen des Landes. Dann ist es hier notwendig, in Erinnerung zu rufen, was die Rolle der AfD ist. Seit ihrer Gründung hat sie vor allem dazu gedient, eine Legitimation für die anderen bürgerlichen Parteien – die sich so gerne als „Mitte“ oder vergleichbar bezeichnen – zu schaffen, die chauvinistischen und allgemein reaktionären Parolen und Themen der AfD aufzugreifen und selber zu benutzen, unter dem Vorwand, der AfD keinen politischen Raum zu lassen. Dadurch wurde die Reaktionarisierung des deutschen Staates in den vergangenen Jahren vorangetrieben und forciert. Die neuen Umfragewerte werden genau dem einen weiteren Anstoß geben. Das ist deutlich merkbar gewesen in Leipzig im Zuge der sogenannten TagX-Demo und der Diskussion, die danach geführt wurde. Wenn nach der massenhaften und flächendeckenden Außerkraftsetzung von Grundrechten, wie der Versammlungsfreiheit, der politischen Meinungsäußerung und dem Niederknüppeln aller, die zur falschen Zeit am falschen Ort waren, sich Politiker und Polizei vor die Kameras stellen können und davon reden, dass „durch Stärke deeskaliert“ wurde, dann sieht man die Fratze des Polizeistaates schon vor sich.

Also zusammengefasst, der deutsche Imperialismus befindet sich in einer sich vertiefenden Krise und die Antwort, die er darauf hat, ist mehr Reaktionarisierung des Staates und eine noch größere Entwicklung des Staatskapitalismus, wie durch das sogenannte Lieferkettengesetz und die Verstaatlichung von Uniper. Diese Themen werden wir sicherlich in den kommenden Ausgaben unserer Zeitung noch mehr beleuchten.

Eure RoPo-Redaktion



In Leipzig wurden 1000 Demonstranten fast 12 Stunden lang festgehalten. Sie wurden so unter Generalverdacht gestellt, ihnen wurde ausreichende Versorgung mit Wasser, Essen und Toilettenzugang und auch die politische Meinungsäußerung verweigert. Trotzdem ließen die Menschen im Kessel nicht die Moral sinken und blieben rebellisch.

Quelle: YouTube



AKTUELLES AUS PALÄSTINA

Seit Anfang des Jahres kommt es immer wieder zu starken Auseinandersetzungen zwischen der palästinensischen Befreiungsbewegung und dem israelischen Staat, die vor allem besonders von den gewalttätigen und brutalen Angriffen des israelischen Staates gegen das palästinensische Volk gekennzeichnet sind. Nach Angaben der Zeitung „Die Zeit“ wurden alleine im laufenden Jahr 125 Palästinenser durch die israelischen Angriffe ermordet. Zum Vergleich, letztes Jahr fielen laut der Menschenrechtsorganisation B'Tselem 150 Palästinenser israelischen Angriffen zum Opfer, was das tödlichste Jahr für das palästinensische Volk seit dem Jahr 2004 war. Diese Zahl wurde nun annähernd in 5 Monaten erreicht.

Dabei trifft der Terror des bürgerlichen Staates Israel nicht nur Mitglieder des nationalen Widerstands, sondern auch regelmäßig und gezielt Zivilisten. Dies zeigt nicht zuletzt der kürzliche Luftangriff am 9. Mai in Gaza auf drei hochrangige Führer der palästinensischen Widerstandsorganisation „Islamischer Jihad“, bei dem neben den drei Kämpfern auch zehn Zivilisten durch die Bomben getötet wurden, darunter auch wieder Kinder. Andere Beispiele sind mehrere als Razzien getarnte Massaker in den besetzten Gebieten des Westjordanlandes, in denen die israelische Armee mit gepanzerten Fahrzeugen wahllos in Menschenmengen fuhr und dort unter dem Vorwand von „Anti-Terrorismus-Einsätzen“ teilweise willkürlich Palästinenser erschoss. Die Aggression des israelischen Staates macht aber nicht beim palästinensischen Volk halt, es finden auch regelmäßig Luftangriffe auf den Südlibanon und Syrien statt, wie die Bombardements Ende März und Anfang April zeigen.

Zusätzlich werden regelmäßig öffentliche Infrastruktur und Häuser von Palästinensern zerstört. Erst am 7. Mai wurden Bewohner der Stadt Jubbet adh-Dibh im Westjordanland von den Motoren eines Bulldozers geweckt, der dabei war, eine Grundschule abzureißen. Schnell eilten die Anwohner hin, um sich dem Abriss ihrer Schule entgegenzustellen; bei den folgenden Auseinandersetzungen wurden anschließend 50 Palästinenser verletzt, wobei eine Person ein Auge durch Gummigeschosse verlor.

Als Antwort auf die eskalierende Gewalt gegen das palästinensische Volk gibt es seit Monaten vermehrt

Anzeichen einer wachsenden Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kräften der nationalen Befreiungsbewegung in Palästina. Ein Ausdruck davon sind die Aktionen gegen zionistische Siedler und Armeeinghörige der im letzten Jahr gegründeten Widerstandsorganisation „Höhle der Löwen“, die hauptsächlich im besetzten Westjordanland operiert und sich aus Mitgliedern mehrerer palästinensischer Organisationen zusammengeschlossen hat. Dass der Widerstand dabei nicht im luftleeren Raum handelt, sondern auch das Vertrauen der Massen genießt, zeigt eine kürzlich in der New York Times veröffentlichte Umfrage, nach der 7 von 10 Palästinensern im Westjordanland mit der Organisation sympathisieren und die Hälfte von ihnen bereit wäre, an einer dritten Intifada teilzunehmen. Und auch im abgeriegelten Gazastreifen lässt sich beobachten, dass zwischen den verschiedenen Widerstandsorganisationen immer mehr die Reihen geschlossen werden, um gemeinsam gegen den Feind vorzugehen. Nach israelischen Angaben feuerte der islamische Jihad alleine in der Woche vom 8. bis zum 14. Mai über 973 Raketen auf Israel ab. Währenddessen erklärte die Hamas zusammen mit dem islamischen Jihad, eine gemeinsame Front gegen den zionistischen Staat zu bilden, und auch die PFLP gab an, *„alle Widerstandsgruppen in ihren Reihen vorrücken und im Feld reagieren“* zu sehen. Diese zunehmende Einheit zwischen den Kräften des palästinensischen Widerstands setzten den israelischen Staat verstärkt unter Druck.

MACHTVERSCHIEBUNG IM MITTLEREN OSTEN

Doch die Grundlage für die steigende Kooperation im Lager des palästinensischen Widerstandes ist nicht nur auf die intensivierte Unterdrückung durch Israel zurückzuführen. Schon am 8. April berichtete die revolutionäre Nachrichtenwebsite „The Red Herald“ über die Wiederherstellung der diplomatischen und ökonomischen Beziehung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran auf Initiative des chinesischen Sozialimperialismus. Diese Annäherung beider Staaten wird im Artikel als Teil einer allgemeinen Verschiebung der Machtverhältnisse im mittleren Osten gesehen. Saudi-Arabien und der Iran stehen sich seit Jahren als regionale Rivalen in unterschiedlichen Konflikten gegenüber und pflegen unterschiedliche Beziehungen

zu imperialistischen Mächten und Supermächten, als auch zu verschiedenen Widerstandsgruppen in Palästina.

Während Saudi-Arabien als Halbkolonie des US-Imperialismus bezeichnet werden kann, hängt der Iran vor allem vom russischen Imperialismus und zunehmend auch vom chinesischen Sozialimperialismus ab. Die Etablierung von diplomatischen Verbindungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran hat direkte Konsequenzen für den Yankee-Imperialismus und den israelischen Staat. Ein Ausdruck davon ist die Wiederaufnahme des mit dem Iran verbündeten syrischen Präsidenten Assad in die Arabische Liga, nach 12 Jahren der Isolation. Und auch im benachbarten Libanon gibt es Berichte, die von einer Aussöhnung verschiedener Fraktionen auf der Grundlage der Annäherung von Saudi-Arabien und dem Iran sprechen. Dies könnte zu einer Stabilisierung des syrischen und libanesischen Staates führen und weitere Bombardierungen und Angriffe Israels, die nicht zufällig während der iranisch-saudischen Verhandlungen stattgefunden haben, zukünftig erschweren. In diesem Kontext muss vor allem beachtet werden, dass der israelische Staat grundlegend auf die ökonomische und militärische Unterstützung durch den Yankee-Imperialismus angewiesen ist, um seine Existenz in der Region zu gewährleisten. In dieser Abhängigkeit agiert der israelische Staat als eine Art Sicherheitsbasis und als Handlager des Yankee-imperialismus und seiner Interessen in Westasien und mittleren Osten. The Red Herald fasst in dieser Frage zusammen, dass all diese Ereignisse den regionalen Interessen des Yankee-Imperialismus als einzig hegemoniale Supermacht entgegenstehen und sich durch die Isolierung Israels in der Region sogar die Möglichkeit von Einheitsfronten gegen den israelischen Staat ergibt. Gemeinsame Fronten die sich nicht auf die unterschiedlichen Staaten rund um Israel beschränken, sondern auch auf die Kräfte des palästinensischen Widerstandes selber.

Inmitten dieser komplexen Situation und Machtspiele zwischen den regionalen Lakaien und den unterschiedlichen imperialistischen Mächten und Supermächten und den verschiedenen Fraktionen des palästinensischen Widerstandes zeigt sich immer mehr die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei Palästinas, die auf der Grundlage des Maoismus unkäuflich und unnachgiebig die Interessen der palästinensischen Arbeiterklasse vertritt, die antiimperialistische Einheitsfront führt und mit dem Volkskrieg

das palästinensischen Volk von der zionistischen Unterdrückung befreit.

AUCH IN DER BRD BRAUCHT ES EINE STARKE ANTIIMPERIALISTISCHE BEWEGUNG

Während der Widerstand gegen den israelischen Staat trotz steigender Repression an Stärke gewinnt, sehen wir auch in Deutschland eine zunehmende Kriminalisierung der palästinensischen Bewegung. Nach den Verboten der Nakba-Demonstrationen im letzten Jahr wurden auch in diesem Jahr die Demonstrationen zum Nakba-Tag in Berlin verboten.

Nachdem am 8. April über 1000 Menschen auf einer Demonstration in Berlin, die von der fortschrittlichen palästinensischen Organisation Samidoun organisiert wurde, die Befreiung Palästinas und ein Ende des anhaltenden Völkermords forderten, überboten sich bürgerliche Politiker und Presse in der Hetze gegen die palästinensische Bewegung. Bundesinnenministerin Nancy Faeser forderte für das Rufen von Parolen gegen Israel und für ein freies Palästina ein „hartes Durchgreifen des Rechtsstaates“. „Extremismus-Experten“ und bürgerliche Journalisten forderten sogar das vollständige Verbot antiimperialistischer palästinensischer Organisationen. Auch in Köln wurde eine Demonstration am 15. April von der Polizei schikaniert und aufgelöst. Die Repression des deutschen Staates zeigt auf, welches Potenzial die antiimperialistische Bewegung und welchen Stellenwert die Unterstützung der Kämpfe der unterdrückten Nationen hat. Sie ist ein Dorn im Auge der Imperialisten. Daher ist es nötig, eine *antiimperialistische Front* auch in der BRD zu schaffen, um die gerechtfertigten Kämpfe der Völker der Welt noch besser zu unterstützen. •

Demonstration am Nakba-Tag 2021 in Berlin



„BILDUNGSGERECHTIGKEIT“: KEINE CHANCE AUF GUTE BILDUNG FÜR UNSERE KLASSE

Dass Kinder aus Haushalten mit unterschiedlich hohen Einkommen in Deutschland nicht die gleichen Bildungsmöglichkeiten haben, ist ein offenes Geheimnis. Trotzdem wird nur all zu gerne so getan, als könnte man an diesem Zustand innerhalb dieser Gesellschaft irgendetwas ändern. „Studie bestätigt Einfluss von Klasse auf Bildungschancen“ titelte neulich „Die Zeit“; einer der seltenen Momente in der BRD, wo die bürgerliche Presse mal von Klasse spricht. Aber gut. Die Studie um die es geht wurde vom ifo-Institut und „Ein Herz für Kinder“ durchgeführt. Und zeigt im sogenannten „Chancenmonitor“, wie so die Chancen von Kindern auf einen höheren Bildungsabschluss ausfallen. Untersucht wurde die Wahrscheinlichkeit von Kindern zwischen zehn und 18 Jahren, das Gymnasium zu besuchen. Nach vier Faktoren: Anzahl der Eltern mit Abitur, Haushaltsnettoeinkommen, Migrationshintergrund, und Alleinerziehendenstatus der Eltern. Die Daten von über 51.000 Kindern zwischen zehn und 18 Jahren bilden dabei die Grundlage.

KLASSE WICHTIGER ALS „MIGRATIONSHINTERGRUND“

Interessant ist hier auch, dass der sogenannte „Migrationshintergrund“ kaum eine Rolle spielt. Bildung und Einkommen haben einen viel größeren Einfluss auf die „Bildungschancen“, denn: „von Kindern, die mit zwei Eltern ohne Abitur und ohne Migrationshintergrund aus dem untersten Viertel der Haushaltseinkommen (unter 2600 Euro) aufwachsen, besuchen nur rund ein Fünftel (21,1 %) ein Gymnasium. Demgegenüber sind es mehr als vier von fünf Kindern (80,6 %), deren Eltern beide Abitur haben, in das oberste Einkommensviertel (über 5500 Euro) fallen und einen Migrationshintergrund haben.“ Zusammengefasst liegt der Unterschied zwischen der niedrigsten und höchsten Wahrscheinlichkeit des Gymnasialbesuchs bei 59,4 Prozentpunkten. Dabei zeigen die Ergebnisse dieser Studie eins glasklar: Bei der BRD handelt es sich um eine Klassengesellschaft. Die Bourgeoisie löst ihr Versprechen der Gleichheit nicht ein, da hilft auch all das Gefasel über „Chancengerechtigkeit“ nicht. Und sie kann es auch gar nicht einlösen. Dabei ist „mehr Bildung“ ein Mantra, das jahrzehntelang als Allheil-

mittel für die Probleme dieser Welt wiederholt wird. Armut in den unterdrückten Nationen? Mehr Bildung. Raus aus der Armut, raus aus dem „Ghetto“? Mehr Bildung. Frauen gefesselt an Heim und Herd? Mehr Bildung. Dass Bildung an sich keine schlechte Sache ist, darauf können sich wahrscheinlich alle einigen. Das Problem ist eben nur, dass Bildung „an sich“ in einer Klassengesellschaft überhaupt nicht existiert! So ist es kein Zufall, dass Schule und Universitäten genau so organisiert sind, wie sie es sind. Sondern Absicht. Allein die Kinder nach der vierten Klasse zu sortieren, zementiert die unterschiedlichen Wissensstände der Kinder. Die einen sollen eben mehr Wissen abbekommen als die anderen. Auch in anderen Ländern ist es nicht leicht, einen höheren Bildungsabschluss zu erhalten. In vielen unterdrückten Nationen ist nur der Besuch der Grundschule, falls es eine gibt, kostenlos. Für die meisten höheren Schulen muss ein Schulgeld bezahlt werden, was sich viele nicht leisten können. Von den Universitäten mal ganz zu schweigen. Jeder weiß von den hohen Studiengebühren beispielsweise in den USA, wo ein Bachelor-Absolvent am Ende im Schnitt 25.000 US-Dollar schulden hat. Gerade jene, die als Akademiker in einer unglaublich privilegierten Stellung sind, sind diejenigen, die dieses Mantra einer abstrakten Bildung immer wieder wiederholen. Dabei wird ein Großteil der Arbeiterkinder die Universitäten und damit deren „Bildungsniveau“ nie erreichen. Dafür sind diese bewaffnet mit einer ganz anderen Art von Wissen: Nämlich wie es ist, in einer Gesellschaft zu leben, die einen Tag für Tag nur ausplündert und Steine in den Weg legt, eine Gesellschaft, in der man kaum eine Chance hat, „aufzusteigen“, und dass man besser zusammenhält, wenn das Geld wieder nicht reicht, oder die Polizei mal wieder die Menschen im Viertel schikaniert.

Erschreckende Ergebnisse finden die Macher der Studie und geben den Herrschenden gleich ein paar Handlungsempfehlungen mit auf den Weg: Gezielte frühkindliche Förderung von Kindern aus „benachteiligten Verhältnissen“, Kita-Besuch sowie eine Förderung durch kostenfreie Nachhilfe- und Mentoring-Programme. Besonders qualifizierte Lehrkräfte sollen mit hohen Gehältern für Schulen mit vielen „benachteiligten“ Kindern gewonnen werden. Auch

Der ifo-„Ein Herz für Kinder“-Chancenmonitor

	Familiärer Hintergrund				Wahrscheinlichkeit eines Gymnasialbesuchs (in %)
	Elternteile mit Abitur	Haushaltsnetto- einkommen (in Euro)	Migrationshintergrund	Alleinerziehend	
1	kein	unter 2 600	nein	nein	21,1
2	kein	unter 2 600	ja	nein	21,3
3	kein	unter 2 600	ja	ja	21,5
4	kein	unter 2 600	nein	ja	22,1
5	kein	2 600–4 000	ja/nein	ja/nein	26,3
6	kein	über 4 000	ja	nein	30,7
7	kein	über 4 000	nein	ja/nein	36,4
8	ein	unter 4 000	ja	ja/nein	44,4
9	ein	4 000–5 500	nein	nein	59,2
10	ein	2 600–5 500	nein	ja	63,7
11	ein	über 5 500	ja/nein	ja/nein	64,6
12	zwei	4 000–5 500	ja/nein	nein	70,6
13	zwei	über 5 500	nein	nein	80,3
14	zwei	über 5 500	ja	nein	80,6

sollten Kinder nicht schon nach der vierten Klasse getrennt werden, sondern wegen einer „ausgleichenden Wirkung“ länger gemeinsam lernen. Keine dieser Handlungsempfehlungen wird an diesen Zuständen etwas ändern. Die Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen wäre natürlich gut, aufgeteilt werden sie trotzdem. Denn das ist schließlich, worum es am Ende geht, Kinder zu sortieren für den Arbeitsmarkt. Aber selbst, wenn es möglich wäre, eine tatsächliche „Chancengleichheit“ herzustellen, geht es am Ende doch nur um ein Wettrennen innerhalb einer Gesellschaft, die immer Gewinner und Verlierer produziert. Und die Bourgeoisie spielt mit gezinkten Karten, denn es ist ihre Gesellschaft, ihr Eigentum und ihre Profite, für die unsere Klasse als billiges Arbeitsmaterial herhalten darf. Und genau dafür werden wir eben „ausgebildet“.

KEINE „BILDUNGSGERECHTIGKEIT“? EIN PROBLEM FÜR DIE HERRSCHENDEN!

Man dürfe nicht hinnehmen, dass Kinder von Eltern mit niedrigerer Bildung mehr Schwierigkeiten in der Schule hätten. Kein Kind suche sich aus, in welches Umfeld es geboren werde, sagt dann eine Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP), im verzweifelten Versuch, die Lüge von der „Bildungsgerechtigkeit“ weiter aufrecht zu erhalten. Aber schauen wir doch mal an, was das ifo-Institut selbst schreibt:

„Von der Frage, ob es unserem Gesellschaftssystem gelingt, die Menschen zu eigenverantwortlicher Teilhabe am Markt und an der Gesellschaft zu befähigen, hängt auch seine Akzeptanz in der Bevölkerung ab: Wenn es den Menschen offenkundig erscheint, dass keine Chancengerechtigkeit herrscht, schwindet die Akzeptanz.“

Das ist es also, worum es ihnen wirklich geht – wenn die Arbeiter erst einmal wissen, dass sie und ihre Kinder keine beziehungsweise kaum Aufstiegsmöglichkeiten in dieser Gesellschaft haben könnten sie den ganzen Laden in Frage stellen. Keine Sorge, das wissen wir! Es geht ihnen also wie so oft nur um den Fortbestand ihrer Herrschaft, nicht darum, grundlegend etwas an diesem Problem zu ändern. Dabei sagt das Wort Chancengerechtigkeit schon alles. Wie gerecht sind die Chancen, also die Möglichkeiten des gesellschaftlichen „Erfolgs“ verteilt? Es geht also überhaupt nicht darum, ein gutes Leben für die Mitglieder einer Gesellschaft herzustellen, wobei der „Erfolg“ nichts anderes ist, als sich als Parasit einzurichten in einer bequemen Lage, entweder schmarotzend von der Ausbeutung der unterdrückten Nationen, oder als Ausbeuter dieser Länder und der Arbeiterklasse in diesem Land! Es ist schon lange an der Zeit, dass wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen, und eine Zukunft für uns und unsere Kinder erkämpfen. Eine Zukunft ohne Professoren, die ihre Universitäten vor dem „Pöbel“ schützen wollen, und ohne einen Staat der Ausbeuter, der uns den Zugang zu Bildung nimmt. •

ABTREIBUNGSRECHTE: EIN UMKÄMPFTES THEMA IN DEN USA UND DER BRD

Wie in vielen Ländern zur Zeit, gibt es auch in den USA weitere Beschneidungen der Abtreibungsrechte. Aktuell geht es um die Zulassung einer Abtreibungspille, die im April für eine Woche ausgesetzt worden ist, und dann aufgrund von Protesten wieder zugelassen wurde, allerdings mit erheblichen Einschränkungen.

Hauptverantwortlich für die entzogene Zulassung war ein erzkonservativer Richter aus Texas, der das Verbot entschieden hat. Dieses war nicht nur für den Bundesstaat Texas wirksam, sondern für die gesamte USA. Im Sommer letzten Jahres wurde in den USA das Grundrecht auf Abtreibungen abgeschafft, wodurch einzelne Bundesstaaten das Recht bekamen, Abtreibungen in ihrem jeweiligen Bundesstaat zu beschränken oder ganz zu verbieten. Dieses Recht haben zahlreiche konservative Bundesstaaten auch gleich in Anspruch genommen. Als dann Ende letzten Jahres Abtreibungsgegner in Texas vor Gericht zogen, um ein landesweites Verbot der Abtreibungspille „Mifepriston“ zu erwirken, kam der reaktionäre Richter Matthew Kacsmaryk der Forderung nach und beschloss das Verbot. Die Zulassung gab es seit über 20 Jahren, seine Entscheidung drehte die Geschichte in der Hinsicht also um 20 Jahre zurück.

Gegen dieses Verbot hatten hunderte Menschen in Washington vor dem Sitz des Obersten Gerichtshofs protestiert. Außerdem gab es Widerspruch von Konzernchefs aus der Pharmabranche, die ihr Geschäft in Gefahr sahen. Die betroffene Abtreibungspille „Mifepriston“ ist ein viel verkauftes Medikament, in den USA wird sie bei mehr als jedem zweiten Schwangerschaftsabbruch verwendet.

Durch die Proteste konnte die Durchsetzung des Verbots verhindert werden. Zumindest für die Dauer des aktuellen Rechtsstreits darf die Abtreibungspille noch verwendet werden, entschied ein Berufungsgericht. Nun dürfen Frauen die Pille aber nur noch bis zur siebten Schwangerschaftswoche nehmen, nicht mehr wie vorher bis zur zehnten. Außerdem kann die Pille nicht mehr per Post verschickt werden,

sondern muss nach einem persönlichen Gespräch mit einem Arzt verschrieben werden.

BOURGEOISIE NUTZT MASSENPROTESTE FÜR WAHLKAMPFZWECKE AUS

Als im letzten Jahr das Grundrecht auf Abtreibung abgeschafft wurde, gab es eine Welle an Massenprotesten in den USA. Die eine Fraktion war für das Recht auf Abtreibungen und die andere dagegen. Solche Protestbewegungen werden gerne von der Bourgeoisie genutzt, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, wenn gerade eine Wahl ansteht. Die Regierung versucht dann in den zwei Lagern der Proteste Wähler zu fischen, bei den fortschrittlicheren Kräften sind es die Demokraten und bei den reaktionären die Republikaner. So war es 2020 bei den „Black Lives Matter“-Protesten und den Präsidentschaftswahlen zu der Zeit, und 2022 waren es die Proteste zum Thema Abtreibung und die damaligen „Midterm elections“ (Halbzeitwahlen), bei denen die Regierung der Bundesstaaten und das Parlament neu gewählt werden. Bei stetig sinkender Wahlbeteiligung muss die Bourgeoisie kreativ werden, um ihrer Herrschaft durch Wahlen weiterhin Legitimität zu verschaffen. Da kommen gerechtfertigte Kämpfe der Massen eigentlich ganz gelegen, wenn man sie für die eigenen Interessen missbrauchen kann.

DIE SITUATION IN DER BRD

Hierzulande gelten Abtreibungen nach dem Paragraphen 218 als ein Tötungsdelikt. Dieses Gesetz wurde 1871 eingeführt und ist somit gute 150 Jahre alt. Eingeführt wurde es damals, um den Forderungen von Regierung, Wirtschaft und Kirche nach verstärktem Bevölkerungswachstum nachzukommen. Durch den heutigen Zusatz §218a gibt es lediglich Ausnahmen, die Abtreibungen unter bestimmten Bedingungen unter Straffreiheit setzen. Diese Straffreiheit ist das Ergebnis von großen Protesten und Kampagnen von Frauen in den 70er Jahren, die schließlich eine Reform des Paragraphen

bewirkt haben. Jetzt sind Abtreibungen zwar offiziell rechtswidrig, aber immerhin straffrei. Es ist möglich, innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonate abzutreiben, verpflichtend sind dafür aber Beratungsgespräche mit drei Tagen Bedenkzeit vor dem Eingriff. Diese müssen bei staatlich anerkannten Stellen ablaufen, das sind in der Regel christliche Beratungsstellen oder die unglaublich neutral klingende Beratungsstelle „pro familia“. Die Kosten für die Abtreibung trägt die Schwangere selber, je nach Art des Eingriffs können das 350 bis über 600 Euro sein.

Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung stehen einige Reformvorschläge der Gesetzeslage, unter anderem, was die Informationsbeschaffung von Frauen zu Schwangerschaftsabbrüchen angeht. Bisher durften Ärzte nämlich lediglich öffentlich kundtun, dass sie überhaupt Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, aber nicht, welche Methoden sie dafür anbieten. Dieses „Werbeverbot“, das mit Werbung eigentlich recht wenig zu tun hat, sondern mehr mit dem Vorenthalten wichtiger Informationen, wurde im Sommer 2022 tatsächlich abgeschafft. Frauen werden jetzt also weniger an der Informationsbeschaffung zu Abtreibungen gehindert. Vor 2019 durften Ärzte übrigens nicht einmal öffentlich machen, dass sie Abtreibungen anbieten. Im Koalitionsvertrag heißt es weiter, dass Schwangerschaftsabbrüche Teil von ärztlichen Aus- und Weiterbildungen sein sollen (aktuell gibt es dazu nur freiwillige selbstorganisierte Kurse), sie sollen kostenfrei werden und es soll mehr Beratungsstellen geben. Die Beratung soll auch online stattfinden können, und zuletzt soll es noch Gesetze gegen sogenannte „Gehsteigbelästigung“ geben. Damit ist die Belagerung und Bedrängung von schwangeren Frauen durch Abtreibungsgegner gemeint, die vor Arztpraxen und Beratungsstellen rumlungern und nichts Besseres zu tun haben, als die Frauen in ihrer ohnehin schon schwierigen Situation zu beleidigen und einzuschüchtern. Zu der Gehsteigbelästigung hätte es schon Ende 2022 einen Gesetzentwurf geben sollen, dieser lässt aber immer noch auf sich warten.

Die Aufhebung des §219a, der die „Werbung“ für Abtreibung verboten hat, ist ein kleiner Fortschritt für die Frauen in der BRD. An der Tatsache, dass Schwangerschaftsabbrüche noch immer als Tötungsdelikt gelten und daran, dass es

zu wenig Ärzte gibt, die Abtreibungen anbieten, ändert das aber nichts. Von 2003 bis heute ist die Zahl der Kliniken und Arztpraxen, die Abbrüche durchführen, laut dem Statistischen Bundesamt um 46 Prozent zurückgegangen. Das liegt unter anderem an militanten Abtreibungsgegnern, die die Ärzte bedrohen, an gesellschaftlichem Druck wegen des Tabuthemas Abtreibung und an der rechtlichen Situation, die dazu führt, dass viele Ärzte mit der rechtlichen Grauzone lieber nichts zu tun haben wollen. Und vergessen wir nicht, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht Teil von medizinischen Ausbildungen, Weiterbildungen oder des Studiums sind.

Schon jetzt müssen Frauen oft weite Wege auf sich nehmen, um eine Klinik zu finden, die Abtreibungen durchführt. Das können auch mal 100 Kilometer in die nächstgrößere Stadt sein. Die geplante Krankenhausreform von Gesundheitsminister Lauterbach wird diese Situation nicht verbessern: er plant, Krankenhäuser mehr zu zentralisieren. Damit ist gemeint, dass sich die einzelnen Kliniken mehr spezialisieren, dass sie also nicht alle Patienten mit verschiedenen Krankheitsbildern aufnehmen, sondern nur die des entsprechenden medizinischen Fachbereichs. Um eine geeignete gynäkologische Klinik zu finden, kann es also gut sein, dass man noch länger fahren muss, weil jetzt weniger Krankenhäuser dafür zuständig sind.

Diese Entwicklungen zeigen zum einen, dass die erkämpften Fortschritte für die Frauen im Imperialismus überhaupt nicht gesichert sind, sondern jederzeit wieder rückgängig gemacht werden können, wie jetzt in den USA. Im Allgemeinen werden uns gesellschaftliche Verbesserungen nicht geschenkt, und wenn sie von uns erkämpft wurden, ist es keine Selbstverständlichkeit, dass das auch so bleibt. Zum anderen zeigen diese Rückschritte für die Frauen in den USA deutlich, dass auch in einem selbsternannten fortschrittlichen Land mit größtmöglicher „individueller Freiheit“ solche Einschneidungen in die Autonomie der Hälfte der Bevölkerung möglich sind. •

MANGEL AN MEDIZINISCHEM FACHPERSONAL

Wahrscheinlich ist vielen Leute die Berufsbezeichnung „medizinische Fachangestellte“ kein Begriff, oder sie können sich nur schwer etwas darunter vorstellen. Dabei löste die Ausbildungsordnung zum medizinischen Fachangestellten, kurz MFA, die alte Ausbildungsordnung zum Arzthelfer schon im Jahr 2006 ab. Die „neue“ Ausbildungsordnung brachte aber nicht nur einen weniger abfälligen Namen für den Beruf mit sich. Es musste sich an teilweise massiv geänderte Anforderungen, sowie Fortschritte in Medizin und Technik, angepasst werden. Denn dieser Beruf ist anspruchsvoll, und keinesfalls nur eine Hilfstätigkeit. MFA assistieren bei Untersuchungen, Behandlungen und chirurgischen Eingriffen und helfen bei Notfällen, betreuen den Patienten vor, während und nach der Behandlung, ermitteln den Bedarf an Material, beschaffen und verwalten es – um nur einige der Zuständigkeiten in Praxisbetrieb zu nennen. Kurzum, ohne MFA läuft keine Arztpraxis. Eine kürzlich von der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) durchgeführte Umfrage zeigte, dass es vielen Arztpraxen in Berlin an medizinischem Fachpersonal mangelt. 55 Prozent der insgesamt etwa 800 befragten Praxisinhaber haben derzeit freie Stellen. Hinzu kommt, dass 37 Prozent der Befragten zwischen einem halben und einem ganzen Jahr brauchen, um die freien Stellen zu besetzen. Das führt nicht nur dazu, dass immer mehr Praxen ihre Sprechzeiten reduzieren müssen, sondern auch dazu, dass Praxen schließen müssen. Und jeder, der hier in den letzten Monaten versucht hat, einen Arzttermin zu bekommen, und dabei sind nicht nur Fachärzte gemeint, oder sich einen Hausarzt suchen musste, bekommt das zu spüren. Der Mangel an ausgebildetem Personal ist so hoch, dass rund 51 Prozent der Befragten angaben, auch fachfremdes Personal anzustellen, vor allem, um Verwaltungsaufgaben zu übernehmen.

Als Hauptgrund gibt die KV an, dass viele Facharbeiter für eine bessere Bezahlung in Kliniken, Krankenhäuser und Behörden abwandern. Beispielsweise wurden die MFA und auch die zahnmedizinischen Fachangestellten (ZFA) bei den staatlichen „Corona-Sonderbonus“-Zahlungen bis jetzt immer ignoriert. Dabei wurden über 90 Prozent der COVID-19-Patienten ambulant versorgt. Doch selbst diese Einmalzahlungen – Die Geheimtür aus jeder Gehaltsverhandlung heraus – hätten die ökonomische Situation der MFA nicht wirklich verbessert. Laut dem Entgeltatlas der Bundesagentur für Arbeit liegt ein mittleres Bruttoentgelt zwischen 2.200 und 2.600 Euro in Vollzeit. Die Verantwortung

ist hoch, doch das Gehalt ist viel zu niedrig, vor allem in Anbetracht der steigenden Lebenshaltungskosten.

Am 8. Februar diesen Jahres fand eine Protestkundgebung vor dem Brandenburger Tor statt. Diese wurde vom Verband der medizinischen Fachberufe (VmF) organisiert. Auf der Bühne waren als Redner vor allem Ärzte zu hören, aber auch praktizierende MFA und ZFA, ebenso Vertreter von Gewerkschaften anderer Gesundheitsberufe. Einige Bundestagsabgeordnete haben sich auf ihrem Mittagsspaziergang auch auf die Kundgebung verirrt. Und da am 12. Februar die Wiederholungswahl stattfand, haben sie die Chance auch gleich für ihren Wahlkampf genutzt. Neben den im Verband organisierten Fachangestellten waren auch mehrere Berufsschulklassen anwesend. Es war auffällig, dass der Großteil der Teilnehmer weiblich war. Doch das ist auch keine Überraschung, denn der Großteil der MFA sind Frauen. Im Jahr 2011 waren in diesem Beruf über 98 Prozent der Arbeiter Frauen, und von den 14.481 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden nur 167 mit Männern abgeschlossen.

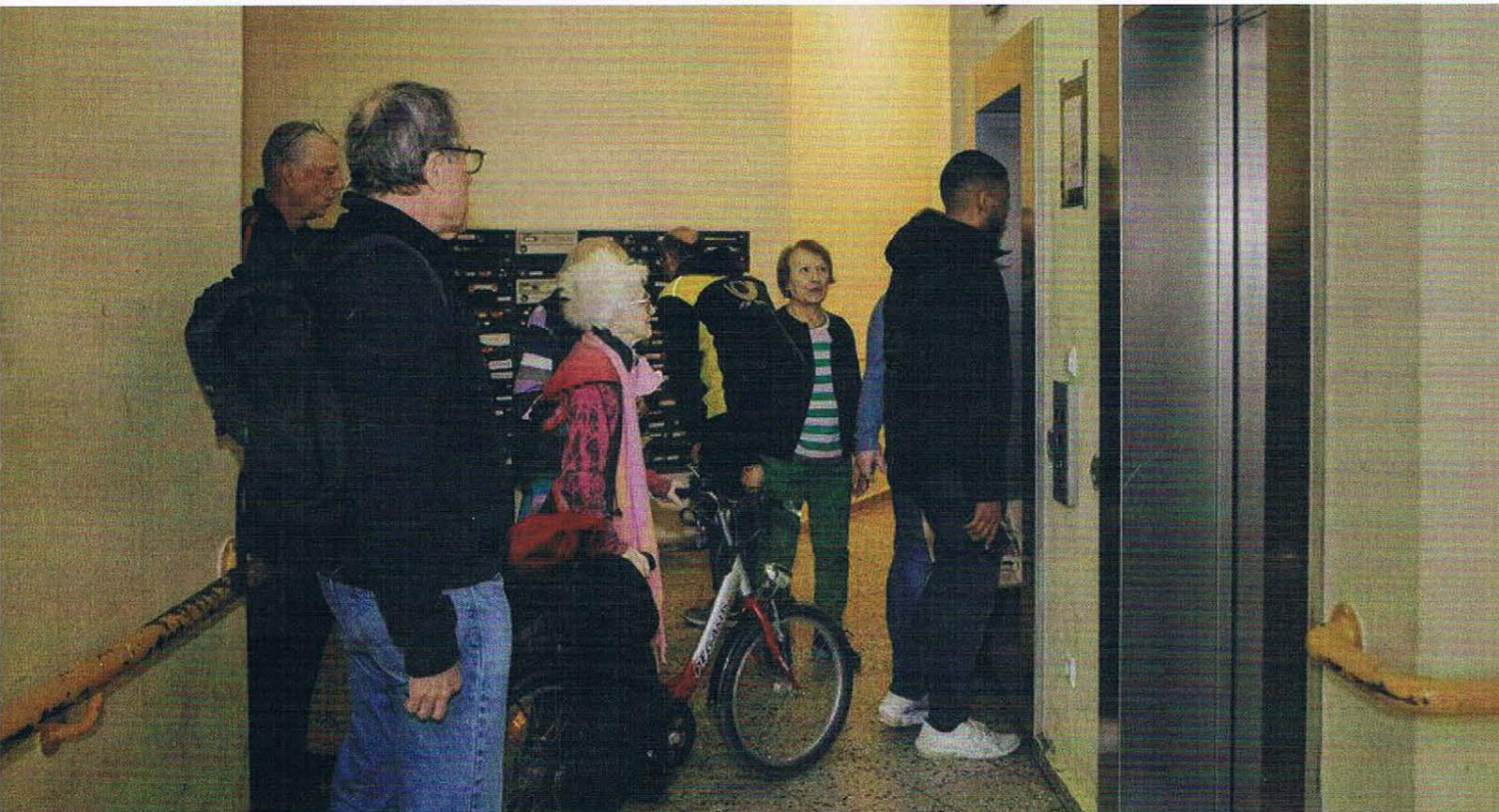
In jedem einzelnen der 23 Redebeiträge wurde die aktuelle Gesundheitspolitik kritisiert und eine sofortige Verbesserung der ökonomischen Situation der MFA und ZFA gefordert. Auf dem Transparent, das hinter den Rednern auf der Bühne hing, wurde auch die „Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen von MFA und ZFA in der Patientenversorgung“ gefordert. Eine Teilnehmerin, die gerade ihre Ausbildung zur MFA machte, erzählte auf die Nachfrage, ob damit nur die Wertschätzung „der Politik“ oder auch die der Patienten gemeint ist: *„Meistens sind die Patienten nicht das Problem. Meistens ist eher der Chef daran Schuld, warum ich mich nicht wertgeschätzt fühle.“* Eine Meinung die einige Auszubildende in der umstehenden Gruppe haben. In Anbetracht dessen stellt sich ebenfalls die Frage, weshalb insgesamt 13 Ärzte als Gäste auftreten durften, wohingegen nur 6 Redebeiträge von MFA und ZFA zu hören waren. Denn auch wenn sich die Forderungen der Ärzte und zahn-, medizinischen Fachangestellten in einigen Punkten überschneiden, sind sie nicht vollständig die Selben. Wenn also ein Arzt fordert, dass die Honorare wieder angehoben werden sollen, damit er seinem Personal ein angemessenes Gehalt auszahlen kann und er seine Praxis nicht schließen muss, dann ist das eben etwas anderes, als wenn eine MFA im ersten Ausbildungsjahr mit 920 Euro Monatsgehalt die gleiche Forderung stellt, weil sie irgendwie über die Runden kommen muss. •

10 WOCHEN IN DER WOHNHAUSETAGE GEFANGEN – SO SIEHT LANDESEIGENE VERMIETUNG AUS

Dass die Wohngesellschaften in Berlin ein Pack sind, ist ein bekannter Fakt. Laut Zahlen des statistischen Bundesamtes gaben die Menschen in Berlin im Jahr 2022 knapp 26,6 Prozent ihres monatlichen Geldes für die Miete aus. Und für diesen Wucher kann man nicht ein mal das Mindeste an Instandhaltung erwarten. Ein Fall aus der Gitschiner Straße im Bezirk Kreuzberg bestätigt einmal mehr, dass es den Vermietern, egal ob privat oder verstaatlicht, egal ist, wie wir leben müssen, solange ihre Kohle stimmt.

Schon seit dem 21. Februar sind hier die beiden großen Aufzüge im zwölfstöckigen Wohnhaus kaputt. In den 140 Wohneinheiten leben besonders viele Mieter, die über 65 Jahre alt sind, da das Wohnhaus lange für Senioren vorgesehen war. Einige der Mieter haben einen Rollstuhl, der eben nur in die großen Aufzüge reinpasst. Diese Bewohner können nun schon seit mehr als zehn Wochen die Etage, auf der sie wohnen, nicht verlassen. Eine der Betroffenen erzählte gegenüber der Tageszeitung taz, dass neben ihr zehn weitere Hausbewohner in dieser Weise betroffen sind. Und auch die anderen Hausbewohner, die aufgrund

von eingeschränkter Mobilität nicht die Treppen nehmen können, leiden unter diesem Zustand. Ein weiterer Bewohner erzählte: „Regelmäßig bilden sich lange Schlangen vor dem kleinen Fahrstuhl mit bis zu 20 Minuten Wartezeit.“ Der Eigentümer des Hauses war bis 2022 der Immobilienkonzern Deutsche Wohnen. Nun gehört das Haus der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Howoge. Auf Nachfrage der taz gab die Howoge an, dass bei den Fahrstühlen die „Umlenkrollen“ erneuert werden müssen. Da der Wartungsfirma die Ersatzteile nicht vorliegen und Lieferengpässe dazu kommen, kann kein konkreter Einbautermin genannt werden. In Aushängen im Haus verwies die Howoge auf „Hilfestellungen“, die während des Ausfalls gegeben werden können. Diese sollen darin bestehen, dass sogenannte „Kiezhelfer“ Betroffenen bei Besorgungen oder auf dem Weg zum Arzt helfen können, sowie „Treppentransporte“ organisiert werden können, bei denen die Bewohner im Notfall von einer Rahmenvertragsfirma die Treppe runter beziehungsweise hoch getragen werden können. Dass diese „Entlastungen“ etwas bringen sollen, glauben die Bewohner des Hauses nicht. •



SENAT STARTET NEUEN VORSTOSS ZUR „SOZIALEN DURCHMISCHUNG“ DES HAMBURGER OSTENS

Die Viertel des Hamburger Ostens gehören zu den ärmsten Stadtteilen unserer Stadt. Ob Mümmelmannsberg, Billstedt oder Horn – all diese Stadtteile tauchen in den bürgerlichen Armutsstatistiken Hamburgs immer wieder als die ärmsten und „sozial schwächsten“ Viertel auf. Diese Konzentration der Armut in den Arbeitervierteln stellt für die herrschende Klasse eine immer währende Gefahr dar. Denn da, wo das Proletariat am wenigsten zu verlieren hat, ist auch der Grund zu rebellieren am größten. Der Staat lässt diese Rebellion natürlich nicht einfach unbeantwortet stehen. Zum einen werden die Viertel mit Polizeistreifen überhäuft oder regelrechte Großkontrollen von zumeist Jugendlichen durchgeführt, wie es sich besonders während der Corona-Pandemie zeigte. Andererseits setzt der deutsche Staat vieles daran, die Arbeiterviertel „aufzuwerten“ – wie er es selber nennt – und fördert so die „soziale Durchmischung“ in unseren Stadtteilen. Genau hierfür beschloss der Hamburger Senat ganz aktuell wieder ein Programm für den Hamburger Osten.

„In den östlichen Stadtteilen des Bezirks Hamburg-Mitte liegt das zurzeit wohl größte Stadtentwicklungsgebiet der Freien und Hansestadt Hamburg ‚Stromaufwärts an Elbe und Bille‘. Schulsenator Ties Rabe und Bezirksamtsleiter Ralf Neubauer haben sich daher im Rahmen einer Schulbautour einen Überblick über aktuelle Schulbauvorhaben im Bezirk Hamburg-Mitte verschafft, die zentralen Leitlinien der Schulentwicklungsplanung im Bezirk präsentiert und einige der zentralen Bauvorhaben vorgestellt. Innerhalb der nächsten zehn Jahre investiert der Senat allein in dieser Region bis zu 500 Millionen Euro in den Ausbau und die qualitative Entwicklung der schulischen Infrastruktur. Im gesamten Bezirk werden es rund 900 Millionen Euro sein. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der sozialen Einbettung der Schulen in den Stadtteil.“

– so heißt es auf der Website der Behörde für Schule und Berufsbildung der Stadt Hamburg. Der Plan der Hamburger Landesregierung sieht also vor, besonders den Bereich Schule und Bildung in den Vierteln des Ostens zu fördern und zu „verbessern“. Es steht außer Frage, dass es viel zu tun gibt an deutschen Schulen,

das ist nichts Neues. Und wenn die Schulen, die unsere Kinder täglich besuchen, in einen besseren baulichen Zustand versetzt werden, wenn Toiletten funktionieren, Heizungen wärmen und sich kein Schimmel mehr in den Ecken der Klassenzimmer ausbreitet, ist das erst mal positiv. Doch verfolgt der Hamburger Senat mit seinen Millionen-Investitionen eine andere Strategie, die mit den Interessen der Arbeiterklasse keineswegs zu tun hat.

Um zu verstehen, was der Hamburger Senat in Billstedt und den anderen Vierteln plant, ist es wichtig, den schon angesprochenen Begriff der „sozialen Durchmischung“ zu verstehen. Die „soziale Durchmischung“ ist ein Konzept der Bourgeoisie, um Aufstände zu bekämpfen und vorzubeugen. Dafür sollen Menschen mit unterschiedlicher Klassenherkunft innerhalb eines Viertels angesiedelt werden, damit nicht all diejenigen zusammenleben, die am meisten Grund haben zu rebellieren. Was für Folgen es nämlich haben kann, wenn die ärmsten Teile der Bevölkerung an einem Ort konzentriert sind, ist immer wieder bei unseren Nachbarn in Frankreich zu sehen. Die sogenannten Banlieues – also die Vorstädte – waren in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Schauplatz von Aufständen. In der BRD sieht das durch die soziale Durchmischung etwas anders aus, und wieder ist Billstedt hierfür ein gutes Beispiel. Denn die Quartiere, die durch Blocks gezeichnet sind, sind immer umgeben von Einfamilienhaussiedlungen, in denen vor allem Besserverdienende leben. Genau das ist kein Zufall, sondern gewollt, um Aufstände zu vermeiden, und wurde von Anfang an so angelegt.

In Billstedt sind gleich mehrere „Stadtentwicklungsprojekte“ in der kommenden Zeit geplant. Der Bezirksleiter Hamburg-Mitte, Ralf Neubauer, der auch für den Hamburger Osten verantwortlich ist, formuliert es in einer Pressemitteilung folgendermaßen:

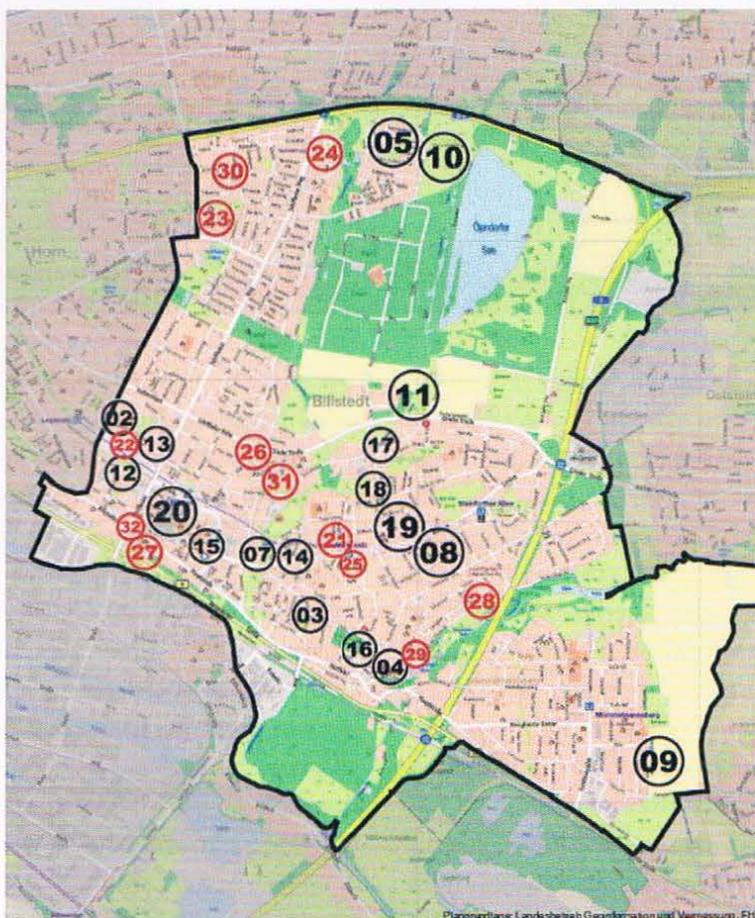
„Mit dem Stadtentwicklungskonzept ‚Stromaufwärts Elbe und Bille‘ treten die urbanen Räume im östlichen

Teil Hamburgs in den Fokus moderner Stadtentwicklung: Hammerbrook, Borgfelde, Hamm, Horn, Rothenburgsort, Billbrook und insbesondere Billstedt mit Mümmelmannsberg und Öjendorf bieten enorme Entwicklungspotenziale.“

Dazu spricht er von 20.000 Wohnungen, die im Hamburger Osten neu entstehen sollen, ein großer Teil davon in Billstedt. Ein Beispiel hierfür ist die Gartenstadt Öjendorf, mit dessen Bau vor einem halben Jahr begonnen wurde. Hier sollen 2.200 Wohneinheiten entstehen, von schicken Neubauwohnungen bis zu Einfamilienhäusern. Auf diese Weise sollen sozial besser gestellte nach Billstedt gelockt werden. Gleichzeitig steigt durch den Neubau schicker Wohnungen der Mietspiegel für den gesamten Hamburger Osten was dazu führt, dass die ärmsten Teile der Bevölkerung vertrieben werden, da sie sich die Miete nicht mehr leisten können.

Die Schulen sind ein wichtiger Baustein im Konzept der Stadt. Es geht also nicht darum, gute Schulen für die Kinder der Arbeiterklasse zu schaffen, sondern nur für die „neuen Kinder“ aus besseren sozialen Verhältnissen, die nun angesiedelt werden sollen. Es bewegt sich also alles innerhalb des Planes, die soziale Durchmischung voranzutreiben. Nichtsdestotrotz haben die Schulen natürlich auch einen anderen Zweck. Gerade was die ideologische Formung vom frühen Kindesalter an betrifft, sind die Schulen eines der wichtigsten Instrumente der herrschenden Klasse, um zu zeigen, wie man sich in diesem System zu benehmen hat. So sind die Schulen eben ein Ort, an dem unseren Kindern die reaktionäre Ideologie der

Bourgeoisie eingetrichtert wird, um sie auf Linie zu halten. Ein wichtiger bürgerlicher Grundsatz ist dabei, den Schülern vorzugaukeln, dass Jeder es in diesem System bis nach ganz oben schaffen kann, jeder der Armut entfliehen kann, wenn er sich nur genug anstrengt – die „schöne“ Geschichte vom Tellerwäscher zum Millionär. Und ja, theoretisch kann es Jeder schaffen, reich zu werden, aber eben nicht alle, da dieses System auf der Ausbeutung des enormen Großteils der Gesellschaft basiert. Dass es absolut nicht die Perspektive der Kinder der Arbeiterklasse ist, wird dabei immer wieder unter den Tisch gekehrt. Mit dieser Idee sollen Kinder und Jugendliche zu Systemtreuen erzogen werden, am alltäglichen Leben und an der Armut ändert sich allerdings nichts.



Orte in Billstedt, an denen gebaut, saniert, „aufgewertet“ werden soll.

Es ist deutlich, dass die Konzepte und Pläne der Stadt Hamburg nicht im Interesse der Arbeiterklasse sind, sondern den Zwecken der Bourgeoisie dienen. Für uns ist klar, dass es keine Verbesserung innerhalb dieses Systems geben kann. Die Herrschenden können uns erzählen, was sie wollen, die Realität sieht anders aus. Tatsächliche Verbesserung kann es für uns nur geben, wenn wir die materielle Grundlage ändern, nicht einfach nur unser Denken. Das bedeutet, dass dieses System

zerschlagen werden muss und ein neues System, in dem das Proletariat selbst an der Macht ist, aufgebaut und etabliert werden muss. •

DEMOKRATIE AM ENDE?



Mitte Mai haben in Bremen die Bürgerchaftswahlen stattgefunden, um das Landesparlament neu zu wählen. Wie die SPD es *noch* ein weiteres Mal geschafft hat, die regierungsbildende Partei zu werden, der Absturz von den Grünen oder der Aufstieg der Hetzpartei „Bürger in Wut“ in Zusammenhang mit der ausbleibenden Teilnahme der AfD, ist alles viel weniger bedeutend als die Entwicklung der Wahlbeteiligung: Nur 56,8 Prozent der Wahlberechtigten im Bundesland Bremen gaben ihre Stimme ab – ein Absinken um **7,2 Prozent**. Beachtet man zudem die 2,6 Prozent ungültigen Stimmzettel, haben gerade einmal 54,2 Prozent der Wahlberechtigten einer bürgerlichen Partei ihre Stimme gegeben. Hinzu kommen all jene Erwachsene ohne deutsche Staatsbürgerschaft, die in diesem Land meist noch mehr als die anderen ausgebeutet und unterdrückt werden – von denen also vermutlich nur die allerwenigsten zur Wahl gehen würden, wenn sie dürften. So lässt sich abschätzen, dass nicht einmal mehr die Hälfte der Menschen im Bundesland Bremen sich in irgendeiner Weise durch eine bürgerliche Partei vertreten fühlt. Trotz der massiven Wahlpropaganda auf Wänden, Plakaten und im Briefkasten, trotz diverser Werbegeschenke und

unzähliger Stadtteilstefte der bürgerlichen Parteien, gibt es offenbar überhaupt keine Mehrheit in Bremen, die die diesen Staat legitimieren – und das zeigen auch die Gespräche, wenn wir uns unter den Menschen umhören.

Unser Korrespondent berichtet von einem Treffen in Gröpelingen, dem ärmsten der 23 Stadtteile der Stadt Bremen, mit einer älteren Frau, die seit einiger Zeit aufgrund von körperlichen Problemen nicht mehr ihrer Arbeit als Postbotin nachgehen kann und es nun schwierig hat, eine andere Stelle zu finden.

„Ich habe ganz oft den Eindruck, dass man will, dass wir alle für uns alleine sind und am besten so wenig Sachen wie möglich zusammen machen“, sagt sie. „Dann können die da oben doch weiter ihr Spiel spielen, wenn jeder hier nur mit seinen eigenen Problemen beschäftigt ist. Mich macht das richtig sauer. Die verarschen einen doch. Warum sollte ich dann einen von denen wählen gehen? Wie kann das denn sein, dass alles für uns viel teurer wird, und die Reichen noch viel reicher werden. Die können Krieg machen, aber für uns interessieren die sich doch gar nicht!“

Seit den letzten Bürgerschaftswahlen 2019 hat es den „Corona“-Ausnahmезustand gegeben, die gegenwärtige Krise hat begonnen und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die beschleunigte Militarisierung Deutschlands im Inneren und Äußeren sind seit letztem Februar im Gange. Die Krise hat die Armut der Menschen vergrößert, kein Wunder, dass es weniger Vertrauen in das System gibt. Bemerkenswert ist, dass in überhaupt keinem einzigen Ortsteil Bremens und Bremerhavens (und davon gibt es über 100) die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2019 zugenommen hat, geschweige denn gleich geblieben ist.

Gespräch unter Arbeitern und unserem Korrespondenten auf einer Baustelle in Bremen-Hemelingen, während der Mittagspause: *„Also ich habe meinen Zettel schon abgegeben, per Briefwahl“*, sagt ein 60-jähriger Leiharbeiter. *„Weil wenn du nicht wählst – musst du ja bedenken – dann kann das immer sein, dass noch eine viel schlimmere Partei an die Macht kommt.“* *„Aber ist das nicht genau so, wie es laufen soll?“*, entgegnet ein Kollege von ihm. *„So kriegen sie einen doch immer dran, und am Ende bleibt für uns alles gleich.“* Dem hat der 60-Jährige nicht mehr so viel zu entgegnen. Er hat wieder SPD gewählt, auch wenn er eigentlich unzufrieden mit deren Politik ist. Aber er macht sich Sorgen, dass es noch schlechter werden könnte. *„Und, hast du schon gewählt? Du darfst doch jetzt.“*, fragt nun einer der deutschen Kollegen einen aus der Slowakei stammenden Kollegen, der seit kurzem die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. *„Ich geh nicht wählen, was soll ich damit? Es verändert sich doch eh nichts.“*, entgegnet der. Der Vorarbeiter macht einen Spruch, dass er dann ja auch nicht hätte nach Deutschland kommen müssen. *„Du bist lustig“*, entgegnet der slowakische Kollege. *„Hier ist es halt besser, weil Deutschland uns arm macht. Die bauen jetzt ihre ganzen Wärmepumpen bei uns, und wir haben nichts davon.“* In der Tat, die deutsche Heiztechnik-Firma Vaillant will zu billigen Löhnen in der neuen Fabrik im slowakischen Senica, die diesen März Betriebsstart hatte, jährlich bis zu 300.000 Wärmepumpen fertigen lassen, damit in Deutschland die „Wärmewende“ gelingt.

Es ist auch wichtig, im Kopf zu behalten, dass das Bundesland Bremen aus zwei getrennten Städten – Bremen und Bremerhaven – besteht, und sich die Situation hier auch deutlich voneinander unterscheidet. Während die Stadt Bremen mit knapp 59,5 Prozent Wahlbeteiligung zwar auch sieben Prozent Verlust gemacht, aber immerhin noch eine Mehrheit

an abgegebenen Stimmzetteln erreicht hat, schießt die Stadt Bremerhaven mit 44 Prozent Wahlbeteiligung den Vogel ab. In äußerst armen Ortsteilen dort wie Leherheide-West oder Goethestraße haben gerade mal etwas über ein Viertel der Wahlberechtigten an der Wahl teilgenommen. Im Goetheviertel spricht unser Korrespondent mit einem bulgarischstämmigen Arbeiter. *„Es ist viel zu viel Polizei hier“*, berichtet er. *„Die stören uns nur, wir tun doch nichts. Aber wer ist dafür, dass weniger Polizei hierhin kommt? Alle sind für viel Polizei. Wen sollte ich dann wählen?“*

Wer einen sehr schlecht bezahlten Einmaljob sucht, sollte übrigens Wahlhelfer werden. Mickrige 50 Euro kriegt man für einen ganzen Arbeitstag, der morgens eine halbe Stunde vor Öffnung der Wahllokale beginnt und dann gerne bis 10 Uhr Abends geht, dass die zweite Hochrechnung präsentiert werden kann. Die Behörden sind stolz, dass die Auszahlungen wieder ausschließlich durch „freiwillige Helfer“ gemacht werden konnten und keine teuren Beamtenstunden dafür aufgewendet werden mussten. Die „Freiwilligen“, die darunter leiden, mussten dieses Mal zum Teil ins Lokal gezwungen werden. Ein Student mit Nebenjob im Supermarkt, der sich die letzten Male freiwillig gemeldet hatte, erzählt, wie er dieses Mal entgegen seines Willens verpflichtet wurde, wieder den ganzen Tag lang Stimmen auszuzählen. Denn dieses „Ehrenamt“ ist tatsächlich staatsbürgerliche Pflicht, und wenn zu wenige freiwillig kommen, trifft es eben die, die den Fehler schon mal begangen haben. Der Student hat selbst einen ungültigen Stimmzettel abgegeben, auf dem er deutliche Worte dafür findet, was er von dieser Sache hält und was er für die bürgerliche Demokratie noch über hat.

Auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens fühlen sich die Menschen mehr betrogen durch die Herrschaft der Imperialisten und ihrer politischen Vertreter. Der sprunghafte Fall der Wahlbeteiligung in Bremen ist ein Debakel für die Bourgeoisie, und eine Offenbarung ihrer Schwäche. Offenbart dadurch, dass mehr und mehr Menschen Bewusstsein erlangen über ihre Stellung in diesem System als Ausgebeutete und Unterdrückte. Und je mehr das passiert, desto klarer wird, dass die Imperialisten nichts als Papiertiger sind. •

WAHLEN IN DER TÜRKEI UND DIE HEUCHELEI DER BUNDESREGIERUNG

In der Türkei wurde im Mai gewählt. Dabei wurde neben der Zusammensetzung des Parlaments auch direkt darüber entschieden, wer künftig in der Türkei das Amt des Präsidenten einnehmen wird. Mit 49,5 Prozent der Stimmen bei der ursprünglichen Wahl am 14. Mai für den bis dahin amtierenden Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan (AKP) und 44,9 Prozent für den Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu (CHP), konnte kein Kandidat eine klare Mehrheit für sich gewinnen. Am 28. Mai ging es deshalb in eine Stichwahl, welche Erdoğan mit 52,14 Prozent schlussendlich für sich entscheiden konnte. Bei den Wahlen konnten allerdings nicht nur türkische Staatsbürger wählen, die in der Türkei wohnhaft sind, sondern auch für türkische Migranten in Deutschland gab es die Möglichkeit, wählen zu gehen. In diesem Zusammenhang spielte vor allem Nordrhein-Westfalen eine wichtige Rolle.

In Deutschland sind rund 1,5 Millionen türkische Staatsbürger wahlberechtigt, alleine ein Drittel davon lebt in NRW. Gewählt werden konnte, mit Ausnahme von Kassel, nur in den 16 Städten, die ein türkisches General- oder Honorarkonsulat besitzen – davon sind fünf allein in NRW ansässig. Die Wahlbeteiligung lag im ersten Wahlgang in Deutschland mit knapp 49 Prozent unter dem Auslandsdurchschnitt von etwa 54 Prozent. Auffällig war, dass Essen bundesweit sowohl die höchste Wahlbeteiligung hatte, als auch mit 76,6 Prozent den höchsten Anteil an Erdoğan-Stimmen im ersten Wahldurchlauf besaß. Die einzige Stadt in Deutschland, bei der drei von vier Stimmen an Erdoğan gingen.

Um eine aufgeheizte Stimmung hierzulande wie bei vorherigen Wahlen (bzw. zwischen Erdoğan-Anhängern und -Gegnern direkt) nicht weiter anzufachen, hat die deutsche Regierung in den letzten Jahren den türkischen Wahlkampf in der BRD untersagt. Besuche von Regierungsmitgliedern, wie beispielsweise der des türkischen Ministerpräsidenten in Oberhausen Anfang des Jahres, welcher parteiübergreifend von der Regierung denunziert wurde, gelten entsprechend als Staatsbesuche, die demnach nicht dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit unterliegen und müssen ausdrücklich von der deutschen Regierung vorher gestattet werden. Auch Wahlplakate dürfen, wenn es keine Sonderregelungen gibt, nicht

aufgehängt werden. Aber das ist nur die eine Seite, denn auch ohne den offenen und „offiziellen“ Wahlkampf, findet er trotzdem seinen Weg zu den türkischstämmigen Migranten, die in Deutschland leben. Beispielsweise über Vereine wie die DITIB.

Die DITIB, kurz für „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“, ist der größte islamische Religionsverein in Deutschland und steht unter der direkten Kontrolle und Aufsicht des türkischen Präsidiums für religiöse Angelegenheiten, eine Behörde, die wiederum direkt dem türkischen Staatspräsidenten Erdoğan *persönlich* unterstellt ist. Das bedeutet, dass auch wenn in anderen türkischen Vereinen und Moscheen in Deutschland sicherlich auch politische Arbeit von oppositionellen Parteien gemacht wird, Erdoğan und seine Partei eine Monopolstellung haben, um über die DITIB den Wahlkampf in der BRD zu machen. Schließlich handelt es sich bei den Imamen in den über 900 DITIB-Moscheen in Deutschland um in der Türkei ausgebildete und bezahlte Staatsangestellte. Wie groß die Einflussnahme DITIBs auf den Wahlkampf in Deutschland ist, lassen auch Berichte erkennen, dass kurz vor den diesjährigen Wahlen in den DITIB-Moscheen Briefe von Erdoğan an Moschee-Besucher verteilt und sogar Busse angemietet wurden, um diese von den Moscheen direkt zu den Wahlstellen zu fahren. Diese Form der Einflussnahme ist dabei auch keine neue Entwicklung. So wurde im Jahr 2018 öffentlich, dass in DITIB-Moscheen, teilweise unter Mitwirkung von Mitgliedern des türkischen Generalkonsulats, für den Sieg der türkischen Armee im Angriffskrieg gegen die Kurden in Nordostsyrien gebetet wurde.

Daneben, dass die von der Bundesregierung verabschiedete Gesetzgebung also besonders in die Hände der bestehenden türkischen AKP-Regierung um Erdoğan spielt, gibt es – trotz immer mal wieder öffentlich gemachter Kritik dieses oder jenes Politikers oder aus der bürgerlichen Presse – auch sonst eine intensive Zusammenarbeit mit der DITIB. Die DITIB ist in Deutschland ein gemeinnütziger Verein mit jahrelanger Finanzierung durch Fördermittel der Bundesregierung. In NRW gestaltet die DITIB seit 2021 sogar den islamischen Religionsunterricht mit, weil sie einen festen Platz in der zuständigen Kommission haben, welche vom Schulministerium



Soll geräumt werden: lieber türkischer Staat als AZ

ins Leben gerufen wurde. In Wuppertal wurde erst vor kurzem – gegen den Widerstand von Anwohnern, politischen Gruppierungen und türkischen und kurdischen Migranten – das Areal vom Autonomen Zentrum an der Gathe, bewohnte Wohngebäude, umliegende Shisha-Cafés sowie eine Autowerkstatt an die DITIB verkauft, damit diese dort ein neues, riesiges Gemeindezentrum errichten kann, welches nur mit gewaltsamer Räumung durchzusetzen sein wird. Mit der DITIB hat die Stadt jemanden gefunden, der bereit ist, sich als Buhmann für die Räumung und den Abriss zu präsentieren. So profitieren am Ende beide davon, dass ein Teil der armen und rebellischen Menschen in dem Viertel durch ein Gebäudekomplex des türkischen Staates in Deutschland ersetzt wird.

Natürlich spielt auf diese Art die Aktivität des türkischen Staates und der DITIB als Teil von ihm auch eine gewisse Rolle, wenn es darum geht, die Lage in den Arbeiterstadtteilen zu kontrollieren und einen Teil der Bewohner mit reaktionärer Propaganda zu verwirren. Zwar führt auch das innerhalb der deutschen Bourgeoisie immer wieder zu größeren Widersprüchen im Streit darum, dass doch die eigene deutsche Propaganda in den Köpfen der Menschen verbreitet werden sollte und nicht die eines anderen Staates. Allerdings ist es dem deutschen Imperialismus am Ende doch wohl lieber, wenn die Menschen den

reaktionären Parolen der DITIB zuhören, anstelle mit fortschrittlichem Gedankengut in Kontakt zu kommen. Dazu kommt, dass bei allem Gerede über Erdoğan von den Parteien und der Presse in der BRD, es dem deutschen Imperialismus herzlich egal ist, ob jetzt diese oder jene Person an der Regierungsspitze der Türkei steht. Der deutsche Imperialismus unterstützt jenen in der Türkei, der dort die Interessen des deutschen Imperialismus bestmöglich wahr, und hat dabei auch einen Blick nach Deutschland selbst, in dem er die politische Situation hierzulande ruhig haben möchte. In einem Moment mag dies Erdoğan sein, im nächsten ist es jemand anderes.

Heute reden zwar viele über Erdoğan und denunzieren ihn, in der Realität lassen sie ihn aber machen, fördern seine Vereine in Deutschland, gestatten seinen Einfluss und Lobbyismus auf die aus der Türkei stammigen Menschen. In diesem Fall ist es für uns wichtig, eine klare Position für die Arbeiterklasse zu beziehen und der Fallstricke der bürgerlichen Hetzpropaganda aus dem Weg zu gehen. Das Problem sind nicht die Muslime oder das öffentliche Leben von Türken, Kurden und anderen Migranten in Deutschland. Es sind die Interessen des deutschen Imperialismus, die es erlauben, dass der alte türkische Staat hier seine reaktionäre Arbeit machen kann. Ob mit oder ohne Erdoğan. •

FREIBURGER KITAS WERDEN TEURER



Am 9. Mai wurde es nun offiziell beschlossen: Die Kitabeiträge in Freiburg sollen wieder einmal ansteigen. Obwohl Freiburgs amtierender Oberbürgermeister Martin Horn bei seinem Wahlkampf im Jahre 2018 versprach, die Kitagebühren langfristig abschaffen zu wollen, wurde der Vorschlag der Beitragserhöhung im Rathaus einfach durchgewunken. Knapp fünf zusätzliche Millionen will die Stadt Freiburg Müttern und Vätern in den nächsten zwei Jahren abknöpfen und erhebt deswegen den Kitabeitrag für dieses und das kommende Jahr. Insgesamt werden in den nächsten Jahren die Beiträge um 13 bis 26 Prozent erhöht. Warum es sich um keinen festen Anstieg handelt, sondern es „13 bis 26 Prozent“ sind, liegt an der Neuerung, dass die Beitragserhöhung nicht für alle Eltern gleich ist. Denn nach dem Gesetz ist jetzt der zu entrichtende Beitrag an die Höhe des Einkommens gekoppelt, mit welchem die Stadt versucht, diese ungerechtfertigte Gebührenerhöhung als „sozial gerecht“ darzustellen.

Dass es sich dabei aber hauptsächlich um Augenschere handelt, zeigt ein kurzer Blick auf die tatsächlichen Zahlen: So kostet die Betreuung eines

zweijährigen Kinds, das sechs Stunden am Tag in der Kita ist, nach Regelsatz aktuell 236 Euro, was bis 2025 auf 301 Euro erhöht werden wird. Geht das Kind 10 Stunden in die Kita, ändert sich der Beitrag von 377 Euro auf 482 Euro. Wie hoch die genauen Gebühren ausfallen, wird aber in Zukunft auch noch mehr davon abhängen, wie hoch das Einkommen der Eltern im Verhältnis zum Bürgergeld liegt. Doch nicht nur wird es statt den bisherigen drei Beitragsgruppen dann vier geben – eine mit Regelbeitrag, eine kostenlose und zwei ermäßigte – sondern erstmals wird die prozentuale Erhöhung der Beiträge für jede der Gruppen anders sein. Darin liegt die ganze Neuerung, mit der sich die Stadt Freiburg brüstet und durch welche sich der Beitrag für jene, die bis zu 25 Prozent über dem Bürgergeld-Niveau verdienen (!), in den kommenden Jahren um „nur 13 Prozent“ erhöhen wird. Gerade wenn das Geld knapp ist – und das ist es bei so einem Einkommen mit Kindern definitiv – sind 13 Prozent natürlich immer noch viel zu viel. Aber nicht nur das, sondern die höchste Gruppierung, bei welcher die Familien die volle Erhöhung tragen müssen, wird über 50 Prozent aller Familien treffen.

Besonders perfide ist, dass die Stadt Freiburg unter anderem behauptet, dass die Beitragserhöhung deswegen notwendig sei, weil es im öffentlichen Dienst neue Tarifabschlüsse gab. Diese sind trotz Streik der Kollegen, wie üblich, wenig mehr als faule Kompromisse der Gewerkschaftsführung und wie gewohnt weit hinter den Forderungen der Streikenden zurückgeblieben. Sie gleichen nicht mal die Teuerungen der letzten Jahre aus. Doch selbst die Erfüllung eines solchen, ohnehin schon viel zu niedrigen Tarifabschlusses nimmt die Stadt jetzt als Vorwand, um uns an anderer Stelle noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Offensichtlich wird mit billiger Polemik versucht, Eltern gegen die Angestellten bzw. Streikenden im öffentlichen Dienst auszuspielen und ein Feigenblatt zu haben, um die Gebührenerhöhung zu rechtfertigen.

Dass diese Beiträge dabei unterschiedlich gestaffelt sind, wird von den Politikern nun als eine wunderbare Sache dargestellt. Die Beiträge werden ja je nach Wohlstand unterschiedlich verteilt, von daher hat man ja auf die Armen Rücksicht genommen und kann sich entsprechend als „soziale Stadt“ auf die Schultern klopfen. All das Getue ist aber am Ende des Tages nichts als Augenwischerei, denn die Erhöhung der Kitabeiträge ist ein Angriff auf die wirtschaftliche Situation der Arbeiterklasse und bedeutet nun nach all den Teuerungen, die schon bisher kamen, noch eine weitere finanzielle Mehrbelastung für uns. Dass die Höhe der Beiträge nun unterschiedlich verteilt ist, ist am Ende des Tages auch nur eine unterschiedliche Verteilung dieser Mehrbelastung. Eine Belastung, die in keiner Art und Weise notwendig ist, denn der Haushalt der Stadt Freiburg steigt für die Jahre 2023/24 von 2,05 auf 2,40 Milliarden Euro an. Es gibt also mehr als genug Geld, das genutzt werden kann.

Neben der finanziellen Mehrbelastung, die die Arbeiterklasse trifft, wird die Erhöhung aber auch die Situation der Frauen weiter verschlechtern und diese noch stärker in die Abhängigkeit zum Mann treiben. Es ist klar, je stärker sich der Beitrag der für die Kita zu entrichten ist, erhöht, während gleichzeitig die Reallöhne fallen, desto „profitabler“ ist es, sich einfach selbst als Eltern um die Kinderbetreuung zu kümmern. Die Folge davon wird sein, dass bei vielen Paaren ein Elternteil dessen Arbeitsstunden reduzieren oder gar ganz mit dem Arbeiten aufhören wird, um sich stattdessen selbstständig um die Betreuung der

Kinder zu kümmern. Da Frauen in dieser Gesellschaft nach wie vor konsequent weniger Geld für die gleiche geleistete Arbeit bekommen – aktuell rund 18 Prozent weniger – werden dies dann vor allem die Frauen sein. Wenn man zusammen für zwei Kinder knapp 1000 Euro Kitagebühren zahlt, überlegt man es sich zweimal, ob es nicht einfacher und günstiger ist, vielleicht selbst die Kindererziehung zu schmeißen, 1000 Euro einzusparen und den Job einfach an den Nagel zuhängen. So wird die Tendenz, Frauen in Teilzeit-Jobs oder Vollzeit in den Haushalt zu drängen, weiter zementiert und anstelle davon, kollektive Kindererziehung und -betreuung auszubauen, damit Frauen wie Männer arbeiten gehen können, wird genau das Gegenteil gemacht – die Kosten erhöht und die Lösung in der Kleinfamilie vorangetrieben.

Die Erhöhung der Kitabeiträge ist also bei näherer Betrachtung auch ein besonderer Angriff auf die Situation der Frauen. Verantwortlich dafür sind unter anderem die Grünen, was einen guten Einblick zu ihrem Verständnis von „feministischer“ Politik bietet, gemeinsam mit der SPD, der FDP, der CDU und der JUPI-Fraktion. Mit SPD, Grünen und FDP waren damit auch die drei Parteien der aktuell regierenden Ampelkoalition dabei, welche – trotz allen großen Worten vor der Wahl – weiterhin auf ihrem Kurs fortfahren, die Interessen aller Arbeitenden in diesem Land anzugreifen, wie wir es schon mit anderen Vorhaben, z.B. den 8-Stunden-Tag stärker auszuhebeln oder das Renteneintrittsalter zu erhöhen, gesehen haben, und wie sich auch an der ungelösten grassierenden Inflation und den horrenden Wohn- und Energiepreisen zeigt.

Was wir durch die Rhetorik der zahlreichen Parteien in den letzten Jahren klar sehen konnten ist, dass sie uns immer wieder anlügen. Seien es nun Wahlkampfversprechen, welche nicht erfüllt werden, oder sei es die ungerechtfertigte Selbstdarstellung als „sozial“ und „feministisch“: am Ende zahlen wir die Rechnung. •

PROFIT MIT UNSEREN INTERESSEN? WIE MIT UNSEREN DATEN GEDEALT WIRD

Ich stimme der Verwendung von Cookies für die Zwecke der Webanalyse und digitaler Werbemaßnahmen zu. Auch wenn ich diese Website weiter nutze, gilt dies als Zustimmung.

Meine Einwilligung kann ich [hier](#) widerrufen. Weitere Informationen finde ich in der [Datenschutzerklärung](#).

OK

„Wir verkaufen deine Daten für unseren Profit. Einverstanden?“

Heutzutage ist mit dem technischen Fortschritt Vieles ziemlich einfach und bequem geworden. Man geht morgens zur Arbeit oder zur Schule, zückt mal eben sein Handy und öffnet dann Spotify, um sich den Weg wenigstens mit ein wenig guter Musik angenehmer zu machen. Und wenn man dann geschafft nach Hause kommt, schmeißt man sich auf die Couch und guckt ein paar Folgen von der neuen Serie auf Netflix oder zieht sich beim Abendessen ein paar Videos auf YouTube rein. Dabei scrollt man am Handy noch durch die unterschiedlichen Sozialen Medien, teilt vielleicht selber die ein oder andere Sache darüber, was einem heute so passiert ist, oder macht gleich noch ein Bild vom frisch gemachten Essen für die Instagram-Story. Das Rezept hat man vorher erst noch gegooglet, geht ja auch ganz schnell.

Vor allem die Streaming-Anbieter kommen einem dabei noch entgegen, haben immer Empfehlungen für einen, die tatsächlich interessant klingen, von der schon die Arbeitskollegin neulich erzählt hat oder was auch gerade von Anderen im Freundeskreis geschaut wird. Man bekommt Einträge in die Playlist, die man vorher gar nicht kannte, die aber auch ganz gut klingen. Man kriegt Artikel oder Influencer vorgeschlagen, die einem gute Argumente für die eigene Meinung liefern. Wieso ist das so? Der Grund ist die Spur von Daten, die wir im Netz hinterlassen. Bei all den gemachten Beispielen geben wir allerlei Informationen über uns und unsere Interessen online preis. Die schlimmsten Verbrecher sind dabei vor allem die

ganzen Sozialen Netzwerke, auf denen wir uns selbst registrieren und haufenweise Informationen über uns posten, vom Namen über Alter und Geschlecht bis hin zu Hobbys und Interessen und den Leuten, mit denen man im Kontakt steht, und so weiter.

Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs. Abseits von dem, was man selber preisgibt, sammeln die ganzen Apps und Webseiten, die man nutzt, durch unterschiedliche technische Wege Unmengen an Informationen über einen, die sie dann vor allem für Werbezwecke benutzen und weiterverkaufen. Es gibt dabei viele verschiedene Methoden, zu viele, um sie hier zu beleuchten. Ein großes Stichwort dabei sind Cookies, welche Viele durch die nervigen Fenster kennen, die immer aufploppen, wenn man auf eine Webseite geht. Cookies sind im Grunde genommen nichts anderes als kleine Dateien, die irgendwo auf deinem Computer gespeichert werden, und eine Art virtuelle Adresse darstellen, die dir eine jeweilige Webseite zuteilt. Mit dieser ID erkennt dann z.B. die Tagesschau-Seite, dass du derjenige Nutzer bist, der sich gestern schon irgendeinen Artikel angeschaut hat und jetzt wieder da ist, um mal wieder für so-und-so-viele Minuten Nachrichten zu lesen.

Andere Seiten, nehmen wir einfach mal Facebook, können dann anhand der Cookies auf deinem Rechner sehen, von welcher Webseite du beispielsweise gerade kommst und welche Seiten du grundsätzlich besuchst. Was du auf den Seiten dann genau treibst, wissen allerdings erst mal nur

die jeweiligen Webseiten selbst. Bis sie diese Daten wiederum weiterverkaufen.

Das ist nämlich der Grund, warum YouTube, Instagram, TikTok und Co. überhaupt kostenfrei bleiben können, trotz enormer anfallender Kosten. Sie verkaufen die ganzen Daten, die sie über dich sammeln, an Dritte – häufig darauf spezialisierte Werbeagenturen – die dann anhand des über dich angelegten Nutzerprofils besser und gezielter Werbung schalten können, die später dann bei dir im Browser oder in der App erscheint. Das ist das ganze Geschäftsmodell hinter diesen Unternehmen. Wer es nicht glaubt, sollte sich einfach mal an den Rechner der (Groß-)Eltern setzen oder mit dem Handy des Freundes bzw. der Freundin die genau gleichen Webseiten wie sonst ansurfen. Plötzlich spielt Youtube anstelle der gewohnten Tampon-Werbung einen Trailer für ein neues Computerspiel oder Werbung für den „Komfort-Treppenlift“.

Das gleiche bei gesellschaftlichen oder politischen Themen, mit denen man sich auseinandersetzt. Auch hier werden einem in erster Linie die Nachrichten und Inhalte gezeigt, welche mit den politischen Ansichten, die man hat, und den Dingen, mit welchen man sich in Vergangenheit beschäftigt hat, übereinstimmen. Denn das sind die Videos, auf die man mit höherer Wahrscheinlichkeit klickt oder die Artikel, die man eher zu Ende liest. Das sorgt dafür, dass man sich zunehmend in seiner eigenen „Bubble“ bewegt und man sich automatisch in seiner Meinung bestätigt fühlt, ohne sich mit Ansichten und Standpunkten auseinandersetzen zu müssen, die dem eigenen Weltbild widersprechen. Offensichtlich ist diese Blasen-Bildung und die daraus resultierende subjektivistische Wahrnehmung der Welt zutiefst ungesund und bietet einen fruchtbaren Nährboden für zahlreiche falsche Ideen. Ob Postmodernismus oder Verschwörungstheorien – Beispiele gibt es genügend. Und die zunehmende Unfähigkeit, mit Kritik und anderen Meinungen umzugehen, zeigt sich deutlich im öffentlichen Diskurs. Diese Art der Manipulation unserer Köpfe ist teils dermaßen offensichtlich und aggressiv, dass sich der verteilte „Algorithmus“ dementsprechend auch schon längst als Schlagwort im alltäglichen Sprachgebrauch vieler junger Menschen wiederfinden lässt. Selbst wenn man keine Ahnung davon hat, was das technisch denn genau ist.

Dabei geschieht dies nicht aus „böser“ Absicht heraus oder wegen einer „Weltverschwörung“, sondern liegt in der Natur des Imperialismus, jeden Aspekt unseres Lebens so weit wie möglich zu durchdringen und Kapital daraus zu schlagen. Wenn ich mehr Videos bei Youtube schaue, können die mehr Werbung verkaufen. Wenn ich immer wieder gute Serien bei Netflix finde, dann verlängere ich mein Abo. Wenn der Artikel interessant ist, lese ich ihn – und die Werbung dazwischen – bis zu Ende. Die zielgruppengenaue Werbung, die „vorgeschlagenen Artikel“ oder das „nächste Video in deiner Playlist“ erlauben es nicht nur, dir Produkte vorzuschlagen, die man tatsächlich mag, sondern vor allem, auch eine solch zielgerichtete Werbung zu verbreiten, die uns dazu manipuliert, möglichst viel zu kaufen, was wir nicht brauchen.

Das perfide bei dieser Form der Datensammlung ist ja genau, dass es nicht darum geht, unsere Bedürfnisse zu befriedigen und uns bestmöglich zu helfen, Sachen zu finden, die wir interessant finden oder brauchen können. Es geht darum, bestmöglich aus den von uns allen erhobenen Daten Profit zu schlagen. Von den weltweit fünf größten Technologieunternehmen sind mit Alphabet (u.a. Google, YouTube) und Meta (u.a. Facebook, Instagram, WhatsApp) zwei Unternehmen dabei, die ihre Profite zu großen Teilen mit dem Handel unserer Daten erwirtschaften. Aber auch dazwischen gibt es unterschiedlichste Ebenen von Zwischenhändlern und Vermittlern, die unsere Daten kaufen und verkaufen, Werbekampagnen entwickeln oder Daten analysieren, je nachdem, in wessen Auftrag sie gerade arbeiten. So wird unser ganzes Leben, unsere Interessen, was wir kaufen, ja sogar unsere Wahrnehmung durch den Handel mit unseren Daten beeinflusst und die Art und Weise, wie es beeinflusst wird, ist in keinerlei Hinsicht in unserem Interesse. •

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM JULI

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfd.bremen@gmx.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee Hamburg |

rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

DAS TITELBILD

Proteste und Kämpfe mit der Polizei im Senegal

Quelle: Al Jazeera

**ROTE
POST** 